



Der permanente Ausnahmezustand: Wie der Westen Freiheit gegen die Illusion von Sicherheit eingetauscht hat

Von Pandemie-Lockdowns über Energie-Rationierungen bis hin zu Gesetzen zur digitalen Identifizierung: Westliche Regierungen bauen die individuellen Freiheiten still und leise ab – unter dem Deckmantel einer „vorübergehenden“ Notlage nach der anderen.

Claudio Grass

Sa. 02 Mai 2026

Im Gegensatz zu den vorangegangenen Jahrhunderten, die von großen und wahrhaft bedeutenden ideologischen und philosophischen Auseinandersetzungen geprägt waren, von historischen Wendepunkten im Werdegang des westlichen Denkens, der Werte, der Identität und der Kultur, wird die Geschichte unserer Zeit höchstwahrscheinlich keine großen Ideenkämpfe oder prägenden Höhepunkte

enthalten, die die Fantasie fesseln und künftige Geschichtsstudenten inspirieren könnten. Sie wird in einer trockenen, bürokratischen Sprache verfasst sein und lediglich aus einer Reihe von „vorübergehenden“ Notmaßnahmen bestehen. So werden unsere verbleibenden Freiheiten und mit ihnen unsere westliche Zivilisation enden: „nicht mit einem Knall, sondern mit einem Wimmern“, wie T.S. Eliot es ausdrücken würde.

Für den flüchtigen Beobachter wirkt der Wandel hin zum Autoritarismus in der westlichen Welt wie eine Reihe unglücklicher Zufälle. Hier eine Pandemie, dort ein unnötiger Krieg mit Russland, danach eine geopolitische Energiekrise. Doch für diejenigen, die eine gesunde Skepsis gegenüber der Staatsmacht bewahren, zeichnet sich ein weitaus bewussteres Muster ab.

Wir erleben gerade den Übergang von einer Gesellschaft der individuellen Souveränität (oder was davon noch übrig war) zu einer Gesellschaft der gelenkten Konformität. Es besteht nicht einmal mehr die Notwendigkeit, Zustimmung zu erzeugen, wie wir es in der Vergangenheit gesehen haben, da die Meinung der Regierten schlichtweg keine Rolle mehr spielt. Neue aggressive Maßnahmen, Verordnungen und Beschränkungen aller Art werden an einem Tag angekündigt und am nächsten umgesetzt, ohne dass man sich die Zeit nimmt, eine Zustimmung einzuholen. Schließlich handelt es sich immer um einen Notfall, und es gibt keine Zeit, sich mit Nebensächlichkeiten wie dem Willen des Volkes aufzuhalten.

Die psychologische Barriere durchbrechen

Dieser Plan wurde während der Corona-Pandemie fertiggestellt und wird heute mit erschreckender Präzision auf den Energiesektor und unsere digitalen Identitäten angewendet. Vor 2020 gehörte die Vorstellung, dass eine westliche Regierung einseitig kleine Unternehmen schließen, vorschreiben könnte, wen man in seinem Wohnzimmer empfangen darf, einem verbieten könnte, das Haus zu verlassen, oder eine medizinische Behandlung als Bedingung für eine Anstellung vorschreiben könnte, in den Bereich der dystopischen Fiktion.

Die Covid-Krise hat jedoch das „Overton-Fenster“ dessen, was als zulässig gilt, massiv verschoben. Sie hat gezeigt: Wenn man genügend Angst schürt, akzeptiert die Öffentlichkeit nicht nur die Aussetzung ihrer Grundrechte, sondern fordert sie sogar ein. Sobald der Grundsatz etabliert war, dass das (vom Staat definierte) „Allgemeinwohl“ Vorrang vor körperlicher Selbstbestimmung, Versammlungsfreiheit und Meinungsfreiheit hat, erhielt der Staat einen Generalschlüssel zu jeder Tür in unserem Leben. Auch die Überwachung wurde weiter normalisiert, da Tracking-Apps und „Gesundheitspässe“ zu den ersten

Schritten für die digitale ID-Infrastruktur wurden, die wir heute sehen. Wie Milton Friedman bemerkte: „Nichts ist so dauerhaft wie ein vorübergehendes Regierungsprogramm.“

Die Energiekrise: Von „höflichen Empfehlungen“ zu Energie-Lockdowns?

Während der Iran-Krieg die globalen Märkte weiter destabilisiert, erleben wir, wie das gleiche Drehbuch aus der Corona-Zeit nun auf den Energiesektor angewendet wird. Was als „höfliche Empfehlungen“ begann, die Thermostate herunterzudrehen oder von zu Hause aus zu arbeiten, um „das Stromnetz zu retten“, verfestigt sich rasch zu einem Regime der Energie-Rationierung.

Die jüngsten Ankündigungen aus Schweden bezüglich der hohen Wahrscheinlichkeit von Kraftstoffrationierungen sind ein Vorbote für den Rest des Westens. Sollte sich dieser Trend fortsetzen, laufen wir Gefahr, den Rubikon unwiderruflich zu überschreiten: Wenn die vermeintlich liberalen Demokratien des Westens anfangen zu diktieren, wie viel Kraftstoff man kaufen darf oder wie viel Strom der eigene Haushalt oder das eigene Unternehmen verbrauchen darf, geht sogar die Illusion von Freiheit verloren.

Der Weg dorthin ist aus der Pandemiezeit sehr gut bekannt. Regierungen appellieren zunächst an die „bürgerliche Pflicht“, von zu Hause aus zu arbeiten und den Verbrauch zu senken, und schaffen dann praktische Anreize zur Einhaltung dieser Vorgaben, wie variable Preise und „intelligente Zähler“, die diejenigen bestrafen, die sich nicht an den staatlichen Zeitplan halten (genau wie während der Pandemie nur Geimpfte und Maskenträger arbeiten, am öffentlichen Leben teilnehmen oder einkaufen gehen durften).

Schließlich könnten Staaten dazu übergehen, Energie-Lockdowns zu verhängen, die direkte Rationierung, rollierende Stromausfälle und die Kriminalisierung „übermäßigen“ Energieverbrauchs beinhalten könnten. Diese Schritte mögen weit hergeholt klingen, doch sie werden bereits in verschiedenen Ländern weltweit umgesetzt: Seit einem Monat zwingt beispielsweise Ägypten alle Geschäfte, Einkaufszentren, Restaurants und Bars, um 21 Uhr zu schließen, während Länder in Asien Schulen und Universitäten geschlossen und Homeoffice zur Pflicht gemacht haben. Indem der Staat den Energieverbrauch mit „nationaler Sicherheit“ oder „ökologischer Stabilität“ verknüpft, schafft er einen Dauerzustand des Notstands, der eine dauerhafte Senkung Ihres Lebensstandards rechtfertigt. Während Energierationierungen unsere physische Bewegungsfreiheit einschränken, zielt eine neue Welle von Vorschriften darauf ab, auch unsere digitale

Existenz zu kontrollieren. Das Bestreben, Apps zur obligatorischen Identitäts- und Altersüberprüfung einzuführen – wie es die jüngsten Gesetzesinitiativen in der EU, im Vereinigten Königreich und in mehreren US-Bundesstaaten zeigen – ist der letzte Sargnagel für die Privatsphäre im Internet.

Das Argument dreht sich stets um den „Schutz der Kinder“ oder die „Bekämpfung von Falschinformationen“. Die faktische Realität ist jedoch weitaus einschneidender. Im Grunde bedeutet dies das Ende der Anonymität – für alle. Bislang richten sich die Vorschriften nur gegen bestimmte Websites, doch schon bald könnte dies für den Internetzugang im Allgemeinen gelten: Um online irgendetwas zu tun, muss man einen digitalen Pass vorweisen. Dadurch wird jede Suche, jeder Kommentar und jede Transaktion mit der rechtlichen Identität des Nutzers verknüpft. Sobald eine App zur Identitätsprüfung zum Torwächter der digitalen Welt wird, kann der Staat (oder seine Unternehmensvertreter) Ihren Zugang einfach „ein- oder ausschalten“. Ihnen könnte der Zugang verweigert werden, wenn Sie die neuesten Vorschriften nicht einhalten. Nach allem, was wir in den letzten fünf Jahren erlebt haben, ist es gar nicht schwer vorstellbar, dass Regierungen so weit gehen werden – natürlich immer unter dem Deckmantel der „Sicherheit“.

Der Ratscheneffekt

Macht, die einmal vom Staat an sich gerissen wurde, wird niemals freiwillig wieder abgegeben. Das ist der „Ratscheneffekt“: Notfälle dienen als Vorwand für die Ausweitung von Befugnissen, und wenn die Krise abklingt, bleiben die neuen Befugnisse bestehen.

Die westliche Welt fällt nicht einem plötzlichen Staatsstreich oder der Invasion einer fremden Armee zum Opfer, sondern stirbt einen Tod durch tausend Schnitte, die alle durch „vernünftige“ Vorschriften und Einschränkungen „zu unserem eigenen Wohl“ zugefügt werden. Die einzige Verteidigung gegen diesen schnell um sich greifenden Autoritarismus ist eine unerbittliche, kompromisslose Skepsis gegenüber jedem „Notstand“, der die Aufgabe individueller Rechte erfordert. Wenn wir weiterhin unsere Freiheit gegen das Versprechen von Sicherheit eintauschen, werden wir am Ende weder das eine noch das andere haben.

ARTIKEL TAGS:

Analyse EU USA